

A N F R A G E

von Hans-Peter Brunner (FDP, Horgen), Tobias Mani (EVP, Wädenswil) und Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)

betreffend

Good Corporate Governance bei Unternehmen des öffentlichen Verkehrs am Beispiel der Zürichsee Schifffahrtsgesellschaft (ZSG)

Am 25. Juni 2018 fand in Horgen die Generalversammlung der Zürichsee-Schifffahrtsgesellschaft (ZSG) statt. Dabei wurde auch der Verwaltungsrat für die nächsten vier Jahre gewählt. Bei diesem Wahlgeschäft erstaunte, dass die Tochter des Verwaltungsratspräsidenten zur Wahl als neue Verwaltungsrätin vorgeschlagen wurde. Die Tochter schliesst, wie erst an der GV ausgeführt wurde (der Einladung zur GV lag kein CV bei), in Kürze ein Studium in naturwissenschaftlicher Richtung ab. Über praktische Erfahrung in Unternehmensführung, Verkehr, Tourismus, Gastronomie bzw. einer Fachkompetenz wie Betriebswirtschaft oder Jurisprudenz verfügt sie hingegen offenbar nicht. Dies wären jedoch für die ZSG besonders nützliche Kompetenzen, um die angestrebte Erhöhung des Kostendeckungsgrades und eine Optimierung ihrer Gastronomie erreichen zu können. Die Tochter des Verwaltungsratspräsidenten zur Wahl vorzuschlagen erstaunt aber auch, weil die ZSG nicht ein Familienunternehmen ist, sondern zu über 70 % der öffentlichen Hand gehört (Zahlen unter <https://www.zsg.ch/de/ueber-uns/unternehmen/organisation>). Die Wahl erhält deshalb einen eigenartigen «Beigeschmack» und wirft die grundsätzliche Frage auf, wie eine derart problematische Wahl mit wenigen Gegenstimmen genehmigt werden konnte. Damit stellen sich Fragen insbesondere nach dem Stimmverhalten des Vertreters des Kantons, der das grösste Aktienpaket, nämlich 22%, hält.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hatte der Regierungsrat vor dieser Wahl Kenntnis von diesem Wahlvorschlag? Wenn ja, weshalb hat er dieser Wahl zugestimmt? Wenn nein, wer nimmt die Stimmrechtsvertretung für den Kanton wahr? Wie wird diese Person instruiert?
2. Der Vertreter des Kantons hat der Wahl offensichtlich zugestimmt. Wie begründet der Regierungsrat dieses Wahlverhalten?
3. Wie nimmt der Regierungsrat die Interessen des Kantons bei Unternehmen des öffentlichen Verkehrs und insbesondere der ZSG wahr?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat diese Wahl der Tochter des Verwaltungsratspräsidenten mit Blick auf seine Public Corporate Governance Richtlinien?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat diese Wahl mit Blick auf den Auftrag der ZSG, ihren Kostendeckungsgrad in den nächsten Jahren deutlich zu steigern?
6. Hat der Regierungsrat Kenntnis von ähnlich gelagerten Wahlgeschäften in anderen Verkehrsunternehmen, an denen der Kanton massgeblich beteiligt ist?

Hans-Peter Brunner
Tobias Mani
Hans-Peter Amrein